

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. S. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. 8sterr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediten, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Aloxandre, Strassbourg, 5. Rue Brulee; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 5. April.

In Deutschland ist in der Habsburg-Hohenzollern'schen Kriegs- und Friedensfrage keine wesentliche Veränderung eingetreten. Die naheliegenden mehrerwähnten Gründe, welche auf einen friedlichen Ausweg des Conflicts mit ziemlicher Sicherheit schließen lassen, haben sich als maßgebend bewährt. Man hält sich so viel als möglich, es auf's Aeußerste ankommen zu lassen, und diplomatisch mit gegenseitigen Friedensversicherungen und Kriegsrüstungen. Die neueste „Provinzial-Correspondenz“, unstreitig die zuverlässigste Quelle preussischerseits, giebt uns über den Stand der Dinge Aufschlüsse. Einmal verbreitet sie sich über das von uns bereits erwähnte preussische Rundschreiben in einem Artikel, worin sie sagt: Einige deutsche Regierungen haben auf die preussische Erklärung mit der Hinweisung auf Artikel 11 der deutschen Bundesverfassung geantwortet, nach welchem Bundesglieder sich unter einander nicht bekriegen, sondern ihre Streitigkeiten bei der Bundesversammlung anbringen sollen, welche nöthigen Falls ein Verfahren vor einem Bundes-Schiedsgericht anordnet, dessen Ansprüche die streitenden Theile sich zu unterwerfen haben.

Es versteht sich von selbst, daß die preussische Regierung sich bei solchen Antworten nicht beruhigen kann, in welchen lediglich eine Umgehung des Bundes zu erkennen ist, um welchen es sich in dem Rundschreiben handelt. Unsere Regierung hat ja eben geltend gemacht, daß der Bund mit seiner bisherigen Einrichtung und Verfassung die Bürgschaften nicht gewähre, welche Preußen für sich und für Deutschland fordern muß; wie kann man daher wägen, daß die preussische Regierung die wichtigen Interessen, um welche es sich zur Zeit handelt, einem Schiedsgerichte des Bundes unterwerfen möchte.

Die Regierung hat klar und bestimmt ausgesprochen, daß die Reform des Bundes um so dringlicher erscheinen würde, je weniger sie von den deutschen Regierungen auf ihre jetzige Frage eine befriedigende Antwort erlange.

Die Antworten, die sie bisher erhalten hat, werden sie denn nur in der Absicht bekräftigen können, „eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Reform des deutschen Bundes“ angesummt ins Auge zu fassen.

Also noch immer die fabelhafte „Bundesreform“. Auch Oesterreich hat unterdessen durch seinen bisherigen Gesandten eine Note an das preussische Kabinet mittheilen lassen, deren Inhalt im Allgemeinen schon in unserem jüngsten Rundschau-Artikel bezeichnet wurde. Der Charakter dieses Altstückes ist, wie der des erwähnten preussischen, ein vorwiegend friedensfreundlicher. Die „Provinzial-Correspondenz“ schreibt jedoch darüber:

Die Depesche betont freilich von Neuem die freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers für die Person des

Königs sowohl, wie für den preussischen Staat, und sie verwahrt die kaiserliche Regierung in aller Form gegen die Absicht eines Angriffs gegen Preußen. Beide Erklärungen sind an und für sich gewiß erfreulich und willkommen. Aber die tatsächliche Bedeutung derselben wird durch den Umstand in hohem Grade beeinträchtigt, daß die Rüstungen Oesterreichs trotzdem ihren Gang weitergeben, ohne daß die kaiserliche Regierung sich veranlaßt findet, jetzt bestimmtere und bekräftigendere Erklärungen als seitber darüber zu geben, daß vielmehr Oesterreich auch in der jetzigen Erklärung die Verantwortung der beiderseitigen Maßnahmen im Widerspruch mit offenkundigen Thatfachen Preußen zuzuschreiben vermag. Was aber die freundschaftlichen Gesinnungen der kaiserlichen Regierung für Preußen betrifft, so legt die Regierung unleres Königs auf dieselben bekanntlich einen sehr hohen Werth, — doch muß nach den Vorgängen, welche die jetzige Lage herbeigeführt haben, vor Allem erwartet werden, daß jene Gesinnungen sich durch die That, d. h. durch eine wahrhaft bundesfreundliche Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten bewähren. Hierzu ist leider in jener Erklärung ein bestimmter Anhalt keineswegs gegeben.

Die preussische Regierung hat daher in dieser Erklärung, welche den Stand der Dinge an und für sich nicht ändert, auch nicht, wie behauptet wird, den Anlaß zu einer besonderen Sendung nach Wien, noch auch zu einer Aenderung in den seither getroffenen Maßnahmen finden können. Gerüchte der letzteren Art scheinen lediglich durch den Umstand hervorgerufen zu sein, daß die Bildung der Armitations-Kolonnen aus militärtechnischen Rücksichten nicht sofort zur Ausführung gekommen ist, während die befohlenen Rüstungen in allen übrigen Beziehungen ihren vorgeschriebenen Gang gehen.

Die preussische Regierung wird sich ernstlichen Anzeichen einer friedlichen und bundesfreundlichen Bestimmung Oesterreichs gewiß nicht verschließen: in den Vorregeln, welche sie nach langem Zögern und im Bewußtsein einer schweren Verantwortung gegenüber den österreichischen Rüstungen getroffen hat, wird sie Aenderungen nicht eher eintreten lassen können, als bis ihr volle Bürgschaften für Erhaltung des Friedens gegeben sind.

Man darf annehmen, daß auch die Antwort des preussischen Kabinetts in diesem Sinne ausfallen werde. — Die „Kreuztg.“ constatirt wiederholt, „daß kein preussischer Minister, wer es auch sei, in den Elberzoghümmern eine andere Politiktreiben könne und dürfe, als die, welche der jetzigen Action des preussischen Kabinetts zum Grunde liegt, und daß ein Verlassen dieser Bahn überhaupt nicht zu den Dingen gehört, welche als möglich gedacht werden können.“ — Aus Bayern verlautet, daß man dort noch immer den Gedanken an Trübsaleien nicht aufgegeben hat. Nach einer telegraphischen Depesche vom gestrigen Datum hätte das dortige Kabinet das preussische Rundschreiben unter Hinweis auf die Bundesinstanz beantwortet, jedoch seine Bereitwilligkeit erklärt, Reformvorschlüge zu prüfen, wenn Oesterreich und Preußen darauf eingehen. Ferner soll darin der Gedanke an Organisirung der militärischen Kräfte des „dritten Deutschlands“ außerhalb der preussischen und österreichischen betont sein. Und so träumt

man denn auch an der Har Großmächtssträume am „Vorabende großer Ereignisse“. — In Preußen fährt die bürgerlich-liberale Partei fort, Versammlungen zu veranstalten, welche Resolutionen gegen den Krieg zu fassen haben. So sollen auch hier in Berlin solche Versammlungen stattfinden. Sonderbar! Dieselben Leute, welche die Vernichtung Oesterreichs und des deutschen Bundes durch Preußen förwährend auf der Zunge trugen, und die am meisten von Preußens deutscher Mission fabelten, ganz dieselben Leute fallen jetzt auf's Knie vor dem längst begraben gewählten deutschen Bundesleichen in der Eichenheimer Gasse zu Frankfurt. Natürlich geschieht es bei diesen Leuten nur aus Neid gegen Bismarck und aus der angeborenen Furcht vor jeder wirklichen That, bei der das Geldinteresse auf dem Spiele steht, endlich aus Mangel an Selbstvertrauen und an dem Glauben an die Thatkraft, Freiheits- und Vaterlandsliebe des deutschen Volks. So, wie sie selber sind, die Herren Bourgeois, so wägen sie, sei auch das deutsche Volk beschaffen. Aber zum Glück ist in unserem Volke noch nicht erloschen aller Muth, alles Selbstvertrauen und alle Thatkraft, sondern gibt es vielmehr schlummernde Elemente in Deutschland, die nur geweckt zu werden brauchen, um auf's Neue zu bewähren die alte Wundermacht der deutschen Volkskraft.

In Frankreich erhält sich die Meinung von der französischeiseits einzunehmenden Neutralität gegenüber dem Habsburg-Hohenzollern'schen Conflict. Das „Bayo“ spricht sich über die möglichen Eventualitäten, wie neulich der „Constitutionnel“, dahin aus, daß die Politik Frankreichs in dieser Frage eine absolut neutrale sein müsse, und wenn selbst zur Ausgleichung der Differenz eine Conferenz vorgeschlagen würde, könne Frankreich, so zu sagen, nur eine passive Stellung einnehmen, da dasselbe jedes active Einschreiten in einer Angelegenheit verweigern müsse, wo seine persönlichen Interessen nicht engagirt seien. — Die „Patrie“ versichert in Betreff Mexiko's, daß die Mission des Baron Saitlard von Erfolg gewesen, und daß die Rückkehr der Truppen gegen Ende September oder in den ersten Tagen des kommenden October ihren Anfang nehmen wird. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, so ist sie insofern von Bedeutung, als die Aussicht auf ernste Bewidlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten an Wahrscheinlichkeit verliert.

In der Donaufürstenthümer-Angelegenheit ist hervorzuheben, daß die Pforte neuerdings den Befehl gegeben hat, das erste Armeecorps bis auf 25,000 Mann zu completiren, sowie die Einstellung einer Reserve von 70,000 Mann vorzubereiten. Die Kavallerie Rumeliens ist auf Kriegsfuß gesetzt worden. — Die schon gemeldete Kammerauflösung in Bukarest scheint als eine Act Staatsstreich der provisorischen Regierung gegen die Volksvertretung angesehen werden zu müssen. In dem Auflösungs-Decrete heißt es nämlich:

In Folge der von der Versammlung in der gestrigen Sitzung angenommenen Haltung, eine Haltung, die nichts weniger beabsichtigte, als einen National-Convent einzurichten — ist die Versammlung kraft Artikels 17 der Verfassung aufgelöst und die Regierung appellirt an die Nation.

Der Act der Kammerauflösung wurde übrigens von der Bularester Bevölkerung mit Enthusiasmus aufgenommen. Doch geht aus alledem hervor, daß die Lage der Dinge dort immer erufter wird, da man nicht wissen kann, ob sich nicht eine Contrerevolution geltend macht. Die Pforte scheint so etwas anzunehmen. Dabei gehen die Verhandlungen der Pariser Conferenz so langsam, daß leicht neue rumänische Ereignisse dazwischen treten können.

In **Italien** agitirt die republikanische Actionspartei mit erneuter Kraft. In Betreff des Kammerbeschlusses, welcher die Wahl Mazzini's annullirt, hat die radicale Partei ein Flugblatt verbreitet, das jene Annullirung für eine schändliche Beschädigung des Todesurtheils einer großen Nation erklärt, und die Namen sämtlicher Deputirten, welche für dieselbe gestimmt, aufzählt, um sie für den Tag der Rache zu bezeichnen. Die „Unita italiana“ veröffentlicht einen Brief Mazzini's an seine Wähler. Das Schreiben ist vom 21. März datirt, und es findet sich darin folgende Stelle:

Vor vier und dreißig Jahren habe ich einem einigen und republikanischen Italien die Treue geschworen. Die constitutionelle Monarchie, der ich mich anschließen zu können glaubte, vermag Italien nicht einig, frei, glücklich und groß zu machen, und ich habe durchaus keine Absicht, meineidig zu werden.

Mazzini hätte also keinesfalls die Wahl angenommen. — Die Kriegsrüstungen werden bald bestätigt, bald dementirt. So dementirten, laut telegraphischer Depesche, die Florentiner Morgenzeitungen die Gerüchte von militairischen Vorbereitungen. Es sei von Truppenconcentrationen weder zu Bologna noch sonstwo die Rede, sondern es habe nur eine Dislocation einiger Regimenter zum Zwecke des gewöhnlichen Garnisondienstes stattgefunden. Am 3. d. Mts. meldete die „Nazione“, daß die angesehensten Generale der italienischen Armee auf den 6. d. Mts. nach Florenz berufen seien; ferner versichert sie, daß Maßregeln getroffen seien, um bei Brindisi Kriegsschiffe zusammenzuziehen. Nachrichten aus Venedig bestätigen die Kriegsvorbereitungen von Seiten Oesterreichs. Aus Florenz wird ein von der Pariser Börse verbreitetes Gerücht dementirt, wonach die italienische Regierung ein Anlehen von 200 Millionen mit Hrn. v. Rothschild abgeschlossen habe.

Für **Spanien** lauten die bis zum 7. v. M. reichenden Nachrichten über den chilenischen Conflict nicht günstig. Die beiden spanischen Fregatten, die Jagd auf die vereinigte chilenisch-peruanische Flotte gemacht, sind unverrichteter Sache, und zwar die eine in sehr beschädigtem Zustande, zum Geswader vor Valparaiso zurückgekehrt. Sie hatten die Verbündeten in einem Fluße, durch Befestigungen an der Mündung desselben gedeckt, vor Anker gesunden und ein Feuer auf die Letzteren eröffnet, das von diesen aus mit solchem Glücke erwidert wurde, daß es ihnen großen Schaden zufügte und sie zur Rückkehr zwang. Man betrachtet dies als einen großen Erfolg der Verbündeten, geeignet neuen Muth und doppelten Eifer zu tapferem Widerstande ihnen einzufößen. Eine noch ernstere Nachricht ist die, daß auch Bolivia dem Schutz- und Trutzbündniß zwischen Chile und Peru beigetreten sein soll. In Peru wurden die Rüstungen gegen Spanien mit Eifer betrieben. Briefe aus Lima bestätigen, daß der General Melgarejo, Präsident der Republik Bolivia, der Allianz Chiles mit Peru gegen Spanien beigetreten ist. Spanien wird dadurch in Südamerika an der Küste des stillen Ozeans keinen einzigen Hafen mehr haben, wo es im Falle der Noth seine Schiffe bergen könnte. Chile soll dem Vernehmen nach in Nordamerika Brandter fabriciren lassen, mit denen man die spanische Escadre zu zerstören hofft. Der spanische Admiral soll dagegen, was allerdings etwas unwahrscheinlich klingt, die Absicht ausgesprochen haben, zur Beschießung Valparaiso's schreiten zu wollen, sofern die Chilenen sich derartiger Beschießungsmaschinen bedienen würden. Die Repräsentanten des Auslandes, welche in Santiago

residiren, lassen sich inzwischen noch immer angelegen sein, eine friedliche Lösung zu vermitteln; doch waren die Erfolge ihrer Anstrengungen bisher nicht glücklich. — Die Progressisten halten sich noch fortwährend von den Kammerstisungen fern und O'Donnell erklärte, in dieser Haltung liege eine permanente Drohung, gegen welche die Regierung vollständig gerüstet bleiben müsse; an Reductionen sei nicht zu denken. Dabei ist die Finanznoth entseßlich und der Staatsbankrott jeden Augenblick möglich.

Aus **Amerika**, New-York 21. März, wird gemeldet, daß die Genier fortfahren, sich zu organisiren. Sweeney habe öffentlich erklärt, der erste Angriffsunkt der Genier sei noch ungewiß. Die canadische Aufregung habe nachgelassen, jedoch dauerten die Schugrüstungen fort. — Das Repräsentantenhaus nahm die Anleihe-Bill an mit Amendements, welche das Papiergeld im ersten halben Jahre um zehn, dann monatlich um vier Millionen vermindern. — Zwei spanische Fregatten sind, vor der Insel Chiloe durch die Batterien der Allirten geschlagen und beschädigt, nach Valparaiso zurückgekommen. — Aus Südamerika ist zu erwähnen, daß in den Vereinigten Staaten Columbiens von neun Staaten sieben den General Mosquera, der von seiner Reise nach Europa zurück erwartet wurde, zum Präsidenten der Republik erwählt haben. Die Wahlen wurden ausnahmsweise diesmal durch Unruhen nicht gestört. — In Neu-Granada fand die Eröffnung des Congresses am 1. Februar statt. — Auf der Insel St. Domingo hatte Präsident Baöz eine sehr gemäßigte Proclamation an die Kammer gerichtet, und er ging damit um, alle politischen Gefangenen — mit wenigen Ausnahmen — auf freien Fuß zu setzen. — In Haiti herrschte Ruhe, doch war man nicht ohne Besürchtungen vor dem Präsidenten Baöz; denn trotz aller Demonstrationen des Friedens und der Freundschaft soll derselbe seine Feindseligkeit nicht ganz verbergen können.

Deutschland.

Berlin, 5. April.

Ein neues mysteriöses Manifest der „republikanischen Partei in Europa und besonders in Italien“ geht uns in einem gedruckten Rundschreiben zu, welches, wie wir vermuthen, gegenwärtig an die Organe der deutschen Presse verickt wird. Das Circular, mit einem belgischen Poststempel versehen, scheint von Brüssel auszugehen, ist anonym und lautet wie folgt:

Als Vertreter eines Theils der öffentlichen Meinung diene Ihnen zu wissen:

1. Daß in dem bevorstehenden Kriege zwischen Preußen und Oesterreich die republikanische Partei in Europa von dem Staate Preußen Nichts Geringeres erwartet, als den Kampf, der in Italien gegen die Vielherrschaft geführt wurde.
2. Die Hülfe, welche Italien Preußen versprochen hat, wird im Abwarten bestehen; die Italiener werden nicht eher zum Kriege drängen, als bis die preussische Regierung mit dem ersten Siege zugleich die Devise der Freiheit an ihre siegreichen Fahnen geheftet hat.
3. Die republikanische Partei in Europa und besonders in Italien protestirt gegen jeden Krieg, der nur den Character eines Cabinetskrieges hat. Die Macht, welche einen solchen führt, ist der natürliche Feind, den sie mit allen Mitteln bekämpfen wird; in dem Maße, als sich die kriegerischen Mächte einander abschwächen, wird die republikanische Partei in den Vordergrund treten.
4. Entschließt sich dagegen Preußen, eine bessere Rolle zu spielen, als Victor Emanuel in Italien gespielt hat, so wird die republikanische Partei ihre Ansrüche vertagen und dem König von Preußen zur Seite stehen in dem Kampfe gegen Oesterreich.

Die Vertreter der Presse werden daher aufgefordert, der preussischen Regierung begreiflich zu machen, daß es für sie nur eine Hoffnung des Sieges giebt. Die Niederwerfung des Particularismus in ganz Deutschland und die Einführung des allgemeinen Stimmrechts.

Entschließt sich der König von Preußen dazu, statt sich wie ein Despot nur auf die Macht der Bajonnette zu stützen, so wird die republikanische Partei zu ihm stehen.

Wo nicht, so sehe er zu, wie weit er in unserer Zeit ohne die öffentliche Meinung kommt.

Wenn der Krieg die alten Soldaten abgenutzt hat, wird eine Europäische Revolution die Antwort ertheilen.

Will der König dagegen, wenn er das Schwert zieht, die Sackbe wegwerfen und den Krieg zu einem völkerräuberischen machen, so ruft auch die republikanische Partei: Es lebe Preußen! Es lebe König Wilhelm der Eroberer!

Wird die „Nordd. Allg. Ztg.“ auch darin ein Nachweel des „österreichisch-augustenburgischen Preßbureau's“ erblicken und die Versicherung abgeben: daß kein Grund zu „Besürchtungen“ vorliege, „daß die Revolution sich an die preussischen Fahnen heften könnte“?

— [Zur neuesten Confiscation des „Social-Demokrat“] erfahren wir, daß die mit Beschlag belegte Nummer 75 unseres Blattes wieder freigegeben wurde.

Stuttgart, 2. April. [Der Verein zum Wohl der arbeitenden Klassen und der „Beobachter“. Lithograph Krauß und 72 Steindrucker. Ein offenes Sendschreiben von Ludwig Wittig. Die Residenzgesellschaften der Schwab. Volksztg.] Veranlaßt durch eine Einsendung kommt der „Beobachter“ in seiner 71. Nummer endlich auch auf den neuen, „zum Wohl der arbeitenden Klassen“ gegründeten Verein zu sprechen, den wir schon in unserer letzten Correspondenz erwähnten. Die Agitation für diesen Verein machte sich zu derselben Zeit bemerklich, in der einige Artikel in der Beilage zu der „Angsburger Allgemeinen Zeitung“ erschienen, welche die von der Arbeiterbewegung drohenden Gefahren richtig würdigten und zu denselben Maßregeln auforderten, die der hiesige Verein befolgt. Diese Gleichzeitigkeit und der Umstand, daß Herr v. Cotta an der Spitze des schon am 26. Februar d. J. provisorisch zusammengetretenen Comités steht, lassen auf einen geheimen Zusammenhang der Stuttgarter Agitation mit jenen Artikeln in der Beilage zur „Angsburger Allgemeinen Ztg.“ schließen. Als nächste Aufgabe des Vereins wurde die Herstellung eines Hauses mit den geeigneten Räumlichkeiten für eine Speisegenossenschaft in größerem Maßstabe und zum Aufenthalte für die Arbeiter in den Abendstunden, mit Lehr- und Lesesimmern, die Beschaffung geeigneter Lehrmittel, die Errichtung einer allgemeinen Wasch- und Badeanstalt bezeichnet. Zu diesem Zweck sind bereits 15,000 fl. gezeichnet und stehen noch weitere namhafte Beiträge in Aussicht. Der Einsender jenes Artikels im „Beobachter“ behauptet nun, daß das Selbstbewußtsein und die Selbstständigkeit der Arbeiter gefährdet sei, wenn sie dieses Almosen annehmen würden, und fragt ferner, ob es ehrlich wäre, dies zu thun. Was letzteres anbelangt, so sehen wir nicht ein, warum es unehrlich sein sollte, wenn die Arbeiter einen so unendlich kleinen Theil des systematischen Raubes, den die Bourgeoisie unter der Kapitalherrschaft an ihnen begangen hat und fortwährend begeht, jetzt, wo dieselbe freiwillig diesen winzigen Theil herausgeben will, nicht zurückweisen sollten. Auf die Gefährdung der Selbstständigkeit des Arbeiters durch Annahme dieser Bagatelle von Ertrag kommen wir weiter unten zu sprechen, wo wir mit dem „Beobachter“ selbst verhandeln werden. Schließlich läßt der Einsender noch den Hanswurst auf's Seil; er sagt nämlich: „Erlauben Sie mir mit einigen Worten von Schulze-Delitzsch zu schließen: die Autonomie des Menschen, das ist der Kernpunkt aller Bestrebungen.“ [Der Kernpunkt aller Bestrebungen von Schulze-Delitzsch und Genossen ist, 91 pCt. der Menschheit in ewiger Abhängigkeit vom Geldsack zu erhalten. Was nützt die Autonomie einem Menschen, der entweder Hungers sterben oder sich als Lohnarbeiter an einen Fabrikanten verdingen muß, der ihn nicht nach seinen Leistungen bezahlt, sondern ihm gerade nur soviel zukommen läßt, als er braucht, um sich vor dem Hungertode zu schützen.] „Die Gegner suchen dadurch zu verwirren, daß sie mit den volkswirtschaftlichen Interessen kolettiren.“ [Welche Gegner? Kolettiren?! Im Munde des Herrn Schulze nehmen sich solche Redensarten ganz genau so aus, wie wenn eine feile Dirne bei ihrer Keuschheit schwören würde.] „Aber diese materiellen Interessen sind nur Mittel zum Zweck, wie die Vasts,